

Michail Gorbatschow und die deutsche Frage

Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte

Band 83

Oldenbourg Verlag München 2011

Aleksandr Galkin und
Anatolij Tschernjajew (Hrsg.)

Michail Gorbatschow
und die deutsche Frage

Sowjetische Dokumente
1986–1991

Deutsche Ausgabe herausgegeben
von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky,
kommentiert von Andreas Hilger

Aus dem Russischen übertragen von Joachim Glaubitz

Oldenbourg Verlag München 2011

*Veröffentlicht mit Unterstützung der Gemeinsamen Kommission für die
Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen
sowie des Bundesministeriums des Innern.*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel
Michail Gorbačev i germanskij vopros. Sbornik dokumentov 1986–1991
© 2006 Izdatel'stvo Ves' Mir /Издательство Весь Мир

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagentwurf: hauser lacour www.hauserlacour.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Satz: Schmucker-digital, Feldkirchen b. München
Druck: Grafik+Druck, München
Bindung: Thomas Buchbinderei, Augsburg

ISBN 978-3-486-58654-1

Inhalt

Vorwort zur deutschen Ausgabe	VII
Danksagung	XXI
Editorische Notiz	XXIII
Vorwort zur russischen Ausgabe	XXVII
Dokumente	1
Verzeichnis der Dokumente	597
Abkürzungsverzeichnis	605
Auswahlbibliographie	609
Annotiertes Personenregister	619
Orts- und Sachregister	633

Vorwort zur deutschen Ausgabe

I.

Michail S. Gorbačev flog Anfang Oktober 1989 höchst ungern zu den Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR. Doch konnte er kaum anders, da Erich Honecker ihn „nachdrücklich“ eingeladen hatte. Gleichwohl kehrte Gorbačev, so lesen wir, „befriedigt“ aus der DDR zurück. Mitarbeiter und er selbst erzählten, wie er mit Honecker durch ein Spalier von „Tausenden und Hunderttausenden“ gegangen sei und die Menschen „Gorbi, Gorbi“ riefen. Demonstranten hätten Plakate mit „Gorbačev, Du bist unsere Hoffnung“ hoch gehalten, während Erich Honecker von kaum jemandem beachtet worden sei. Mieczysław Rakowski, der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der neben Gorbačev auf der Tribüne gestanden hatte, habe ihm ins Ohr geraunt: „Michail, Du kennst die deutsche Sprache nicht, ich aber sehe und höre, was sie rufen und was auf ihren Plakaten steht. Das ist das Ende, Michail Sergeevič!“. Für Gorbačev war Honecker, wie er anschließend im engsten Kreis bemerkte, ein „Sack“, der seinen Leuten hätte sagen sollen: „Ich habe vier chirurgische Operationen überstanden, bin 78 Jahre alt, und solch eine stürmische Periode erfordert sehr viel Kraft – entlasst mich, ich habe meine Aufgabe erfüllt.“ Dann hätte Honecker, so Gorbačev, seinen Platz in der Geschichte behalten. Gorbačevs Mitarbeiter widersprachen: Vielleicht wäre dies noch vor zwei, drei Jahren möglich gewesen; heute sei er beim Volk unten durch.

Anatolij S. Černjaev, einer der engsten außenpolitischen Berater Gorbačevs in seiner Funktion als Generalsekretär der KPdSU, dann als Staatspräsident der Sowjetunion, hat diese Episode in seinem Tagebuch zu Papier gebracht.¹ Sie ist im vorliegenden Band² – in Auszügen – wieder abgedruckt; zusammen mit über 130 weiteren Dokumenten zur „deutschen Frage“ aus den Jahren 1986 bis 1991, die heute im Gorbačev-Archiv liegen und von den beiden Mitarbeitern der Gorbačev-Stiftung, Aleksandr Galkin und Anatolij Černjaev, herausgegeben wurden. Es handelt sich vor allem um Protokolle und Aufzeichnungen zu Treffen und Telefonaten Gorbačevs mit ausländischen Staatsmännern (G. Bush, F. Mitterrand, M. Thatcher, G. Andreotti, J. Baker, R. Dumas, D. Hurd, G. de Michelis); zu Zusammenkünften mit west- und ostdeutschen Politikern (R. von Weizsäcker, H. Kohl, H.-D. Genscher, W. Brandt, H.-J. Vogel, L. Späth, F. J. Strauß, M. Bangemann sowie E. Honecker, E. Krenz, H. Modrow, G. Gysi, L. de Maizière) sowie um Notizen zu Sitzungen des Politbüros der KPdSU oder zu Besprechungen im en-

¹ Anatolij Tschernjaev: Mein deutsches Tagebuch. Die deutsche Frage im ZK der KPdSU (1972–1991), Klitzschen 2005, S. 239f.

² Dokumente Nr. 45 und 49.

gen Beraterkreis (wie sie vor allem von A. Černjaev festgehalten wurden, darunter auch die eingangs zitierte Episode). Diese Dokumente werden vollständig abgedruckt oder doch in jenen Passagen, die sich auf das leidige „deutsche Problem“ bezogen. Hinzu kommen Auszüge aus Pressekonferenzen, Pressemitteilungen und amtlichen Dokumenten, soweit sie zum Gesamtverständnis notwendig bzw. hilfreich erscheinen.

II.

Insgesamt illustrieren die vorgelegten Dokumente jene letzte, hochdramatische Phase der sowjetisch-deutschen Beziehungen, die im März 1985 mit der Wahl Gorbatschovs zum Generalsekretär der KPdSU begann. Der neue Parteiführer setzte Reformen in Gang, die die Stagnation überwinden, verkrustete Strukturen aufbrechen und das Wirtschaftswachstum beschleunigen sollten. Voraussetzung dafür war, dass sehr viel offener über die Missstände in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gesprochen werden konnte, auch über die dunkle, stalinistische Vergangenheit. Im gleichen Maße, wie in der Wirtschaft Bürokratie, Schlendrian und Gleichmacherei bekämpft wurden, sollte Leistungsbereitschaft gefördert und honoriert, die zentrale Planwirtschaft durch Marktmechanismen ergänzt werden. Nur durch mehr Beteiligung war die allgemeine Lethargie zu überwinden.³

Das galt auch für den politischen Bereich und machte einen entsprechenden „Umbau“ (perestrojka) nötig. Im Sommer 1988 beschloss die 19. Parteikonferenz den Rückzug der kommunistischen Partei aus dem administrativ-operativen Bereich und die Wiederaufwertung der Räte als demokratisch gewählte Selbstverwaltungsorgane. Wahlen sollten tatsächlich Wahlen werden, in denen mehrere Kandidaten zur Wahl standen, auch gegenteilige Meinungen zu Wort kommen konnten und die Entscheidung dem Wähler überlassen blieb. Nach diesen Prinzipien wurde im Frühjahr 1989 ein großer „Volksdeputiertenkongress“ gewählt, der künftig „die wichtigsten konstitutionellen, politischen und sozialökonomischen Fragen“ des Landes entscheiden, einen Staatspräsidenten bestellen und aus seiner Mitte einen wesentlich kleineren „Obersten Sowjet“ bilden sollte, dessen zwei Kammern dann „Gesetzgebung und Kontrolle“ übernehmen sollten.

Wer sich von den Reformen eine rasche Beseitigung der Versorgungsengpässe, gar einen Wirtschaftsaufschwung versprochen hatte, wurde enttäuscht; die wirtschaftliche Talfahrt setzte sich fort und führte von der Stagnation in die offene Krise. Die Diskussion der Missstände in den Medien lieferte der Öffentlichkeit ein schonungsloses Bild von der tatsächlichen Lage im Lande, nachdrücklicher als es Dissidentenzirkel, „Andersdenkende“, je vermocht hatten; das galt insbesondere für die hitzigen Debatten im Volksdeputiertenkongress, die von Funk und Fernsehen direkt übertragen wurden. Sie zehrten auch an der Reputation der kommunistischen Partei, die zwar für die Misere offenkundig die Verantwortung trug, nun jedoch kein richtiges Konzept erkennen ließ, wie die Krise zu überwin-

³ Hierzu wie zum Folgenden Helmut Altrichter: Rußland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009 (mit Hinweisen auf weitere Literatur).

den sei, und immer stärker in Gruppen und Fraktionen zerfiel, die sich wechselseitig bekämpften.

Dass die Reformen gesellschaftliche Kräfte geweckt hatten, die nicht mehr bereit waren, sich dem Marxismus-Leninismus als Staatsideologie unterzuordnen und den in der Verfassung verbrieften Führungsanspruch der kommunistischen Partei anzuerkennen, zeigte sich an den „Informellen Gruppen“. Sie lehnten es ab, sich bei den staatlichen Stellen registrieren zu lassen (daher der Name); Anfang des Jahres 1988 wurde ihre Zahl auf 30 000, ein Jahr später auf 60 000 geschätzt. Zu diesen Gruppen zählten in gewisser Weise auch die „Volksfronten“, die sich unter unterschiedlichen Bezeichnungen in den Randgebieten (in Estland, Lettland und Litauen, in Moldawien und der Ukraine, in Armenien, Georgien und Aserbaidschan) gebildet hatten und statt der gesamtstaatlich-sowjetischen nun „nationale“ Ziele propagierten.

Seit Anfang des Jahres 1990 war der Führungsanspruch der kommunistischen Partei aus der sowjetischen Verfassung gestrichen, und die sowjetische Führung sah sich gezwungen, mit den Einzelrepubliken in Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag einzutreten, der es den Republiken überließ, ihre politische und wirtschaftliche Ordnung selbst zu bestimmen, schließlich auch über ihre Ressourcen und Bodenschätze auf dem Territorium ihrer Republik zu entscheiden: So lautete deren Forderung, soweit sie nicht bereits noch mehr wollten: nämlich die vollständige Unabhängigkeit von der Sowjetunion.

Die zentrifugalen Tendenzen setzten sich jenseits der Grenzen, in Ostmittel- und Südosteuropa, fort. Die sowjetische Politik stand hier unter mehrfachem Druck. Sie konnte den sozialistischen „Bruderländern“ kaum verweigern, womit sie selbst im eigenen Land experimentierte: Reformen, die dem Einzelnen mehr Rechte und mehr Wohlstand, der Wirtschaft mehr Markt und Freizügigkeit, der Gesellschaft mehr Mitbestimmung, ja Demokratie und dem Gesamtstaat Unabhängigkeit von der Gängelung durch die eine, alles entscheidende Partei, ein Mehrparteiensystem versprachen. Zum ändern hatte die sowjetische Führung für ein „neues Denken“ in der Außenpolitik geworben, das den Atomkrieg für nicht führbar erklärte, dem sinnlosen, nuklearen Wettrüsten ein Ende setzen wollte und für eine „Entideologisierung“ der Außenpolitik eintrat. Grundlage des Zusammenlebens sollte die Anerkennung der bestehenden Grenzen und der Souveränität jedes Staates sein (wozu auch das uneingeschränkte Recht, seine innere Ordnung selbst zu bestimmen, gehörte), ferner die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und die Beachtung der Menschenrechte – insgesamt also jene Grundprinzipien, auf die man sich im Sommer 1975 in der KSZE-Schlussakte von Helsinki geeinigt hatte.

Beim Wort genommen war dies eine Abkehr von den Ideen der „Weltrevolution“, eines „Exports der Revolution“ und der „Brežnev-Doktrin“. Auf ihrer Basis war nachträglich mit dem Hinweis auf die begrenzte Souveränität sozialistischer Staaten – wenn es um die Verteidigung des Sozialismus als solchem ging – der Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei (1968) gerechtfertigt worden. An die Stelle solcher Prinzipien sollte die Vorstellung eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ treten, die die geschichtliche Zusammengehörigkeit Europas als Lebenswelt, Sicherheits- und Wertegemeinschaft betonte:

Am Erhalt des „gemeinsamen Hauses“ musste allen in Europa gelegen sein. Selbst wenn Gorbachev das Schlagwort vom „gemeinsamen gesamteuropäischen Haus“ nicht „erfunden“, sondern nur erneut und nachdrücklich in die Diskussion gebracht hatte, wurde es zunehmend mit ihm identifiziert und zum Synonym seiner Leitidee für ein „neues Europa“: eines Europa, das sich seiner gemeinsamen Wurzeln bewusst wurde, sich zu gemeinsamen Werten bekannte, eines Europa auch, in dem sich der „eiserne Vorhang“ hob, Denkbarrieren fielen, Grenzen durchlässig wurden, die „Blöcke“ sich aufzulösen begannen.

Mit diesem „neuen Denken“ und einseitigen Vorleistungen war es Gorbachev gelungen, Vertrauen bei den westlichen Verhandlungspartnern aufzubauen und mit den USA, nach mehreren Gipfeltreffen mit Präsident Reagan, im Dezember 1987 den INF-Vertrag zur Beseitigung aller landgestützten Mittelstreckenraketen zu unterzeichnen. Im Rahmen der KSZE begann im Frühjahr 1989 ein weiteres Folgetreffen über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa, zeitgleich mit Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Rüstung in Wien, die zum Abschluss eines Vertrages über konventionelle Abrüstung in Europa (KSE) führten, den die Staats- und Regierungschefs im November 1990 auf einem KSZE-Sondergipfel in Paris unterzeichneten. Mittlerweile waren auch die Verhandlungen über die Reduzierung der nuklearen („strategischen“) Trägersysteme großer Reichweite (START) zwischen den USA und der Sowjetunion weit vorangekommen, sie führten im Sommer 1991 zur Unterzeichnung einer entsprechenden vertraglichen Regelung. Dass die Abrüstungsbeschlüsse auch eine spürbare Entlastung für die stagnierende, dann in immer schwerere Turbulenzen getatene sowjetische Wirtschaft bringen sollten, liegt auf der Hand.

Die Probe aufs Exempel, wie ernst es der Sowjetführung mit ihrem „neuen außenpolitischen Denken“ wirklich war, lieferte das Jahr 1989. Gorbachev forderte eine „Entideologisierung der Außenpolitik“, in der die Idee des „gemeinsamen europäischen Hauses“ das Blockdenken überwinden sollte. Er wolle eine „Respektierung der Prinzipien von Helsinki“, zu denen auch das souveräne Recht der Völker gehörte, „ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen“: Wie stand es tatsächlich mit diesem Abschied von der Breznev-Doktrin? 1989 setzte sich in Polen die Staatsführung mit der Opposition an einen „runden Tisch“; die kommunistische Partei erlebte bei den Wahlen im Juni eine vernichtende Niederlage und im August wurde Tadeusz Mazowiecki neuer Ministerpräsident – der erste „bürgerliche“ Regierungschef Polens seit mehr als 40 Jahren. 1989 beschloss in Ungarn das Parlament den Übergang zu einem Mehrparteiensystem und rehabilitierte Imre Nagy, den von den Sowjets ermordeten Ministerpräsidenten des ungarischen Volksaufstandes 1956. Er wurde in einem Ehrengrab beigesetzt. Schließlich öffnete Ungarn seine Grenzen zu Österreich.

Im gleichen Herbst wurde in Bulgarien Todor Živkov (seit 1951 Mitglied des Politbüros und seit 1954 Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens) von seinen Ämtern als Parteichef, Mitglied des Politbüros und Vorsitzender des Staatsrats entbunden. Im November/Dezember dieses Jahres 1989 spülte eine Demonstrationswelle in Prag erst die Parteiführung, dann

die Regierung hinweg; bei der Neubildung des Kabinetts besetzten Oppositionelle Schlüsselressorts und der Dissident Václav Havel wurde (nach dem Rücktritt Gustáv Husáks) neuer Staatspräsident. Noch im Dezember wurde, nach blutigen Kämpfen, Nicolae Ceauşescu als Partei- und Staatsschef Rumäniens gestürzt, auf der Flucht verhaftet und zusammen mit seiner Frau vor ein Militärtribunal gestellt, das beide am 25. Dezember 1989 zum Tode verurteilte, unmittelbar danach wurden sie hingerichtet. Und in diesem Herbst 1989, nur sechs Wochen nach den eingangs geschilderten Staatsgründungsfeierlichkeiten, wurde auch Erich Honecker zum Rücktritt aus allen Staats- und Parteiämtern gezwungen. Der SED-Herrschaft überdrüssig, waren seit dem Sommer 1989 Zehntausende von DDR-Bürgern über die österreichisch-ungarische Grenze sowie über die bundesrepublikanischen Botschaften in Prag und Warschau in den Westen geflohen, demonstrierten bis in den Herbst hinein Hunderttausende in Leipzig und anderswo allwöchentlich gegen das Regime und erzwangen nach dem Sturz des Parteichefs schließlich Anfang November 1989 auch die Öffnung der Berliner Mauer.

Gorbačev griff – anders als viele immer noch befürchtet hatten – nicht ein. Jede Intervention hätte, was die Sowjetunion in der Abrüstungspolitik erreicht hatte, aufs Spiel gesetzt, alles mühsam aufgebaute Vertrauen wieder zerstört, Gorbačev selbst unglaubwürdig gemacht. Es ist nicht erkennbar, dass Gorbačev ein Eingreifen ernsthaft in Erwägung gezogen hätte: wohl nicht nur aus außenpolitischen Überlegungen, sondern erst recht mit Blick auf die Lage im Innern, wo eskalierende Probleme und Konflikte den Bestand des Gesamtstaates in Frage stellten und ihn zunehmend seiner Handlungsfähigkeit beraubten.

III.

Die beiden deutschen Staaten waren für die Sowjetunion, wie die vorliegenden Dokumente noch einmal unterstreichen, von besonderer Bedeutung: Nach eigener Einschätzung pflegte die Sowjetunion unter den sozialistischen Staaten „die größten und umfassendsten Kontakte“ zur DDR, unter den westeuropäischen Staaten besaß sie „die umfangreichsten Verbindungen“ mit der Bundesrepublik. Die intensiven Beziehungen berührten „alle Bereiche, darunter auch die Wirtschaft“.⁴ Der Warenaustausch zwischen DDR und Sowjetunion belief sich auf 380 Mrd. Mark, die DDR wickelte mit der Sowjetunion 38% ihres Außenhandels ab, lieferte ihr Werkzeugmaschinen und Hochtechnologie, zum größten Teil auf „höchstem Weltniveau“, und war umgekehrt auf die sowjetischen Rohöllieferungen angewiesen, wie Erich Honecker im Gespräch mit M. Gorbačev Ende Mai 1987 in Erinnerung rief, wobei er einmal mehr – vergeblich – um eine Steigerung der sowjetischen Öllieferungen nachsuchte.⁵ Was die Beziehungen zur Bundesrepublik betraf, hatte man Bundeskanzler Helmut Kohl, der in einem Newsweek-Interview 1986 Gorbačevs Öffentlichkeitsarbeit mit Goebbels' öffentlichkeitswirksamen agitatorischen Fähigkeiten verglichen hatte, zwar „eine Lektion er-

⁴ S. 356.

⁵ S. 31 ff.

teilt“ und die Kontakte zu ihm auf Eis gelegt. Doch die Strafaktion sollte auch nicht überzogen werden, schließlich sei die Bundesrepublik, so Gorbačev vor dem Politbüro, eine „gewaltige Macht“, mit der man auf „europäischer wie weltpolitischer Ebene rechnen“ müsse; deshalb erhielt Außenminister Ėduard Ševardnadze im Frühjahr 1987 Anweisung, in die Bundesrepublik zu reisen und sich um eine Aktivierung der Beziehungen zu bemühen, schon damit Maggie Thatcher „nicht vor Freude platz[e]“.⁶

Nachdem Gorbačev, wie hier dokumentiert, seit 1986 schon Außenminister Genscher, Bundespräsident von Weizsäcker, die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg (Johannes Rau, Franz Josef Strauß und Lothar Späth), Hans-Jochen Vogel als Vorsitzenden der SPD, den FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann und Willy Brandt als Vorsitzenden der Sozialistischen Internationalen im Kreml empfangen hatte⁷, kam es im Oktober 1988 zum ersten persönlichen Treffen mit Bundeskanzler Kohl und im Juni 1989 zum Gegenbesuch Gorbačevs in Bonn.⁸ Beide Seiten sahen dabei ihre Politik als Fortsetzung des mit den Ostverträgen und der KSZE-Schlussakte eingeschlagenen Kurses. Er hatte durch Gorbačevs Perestrojka, das „neue“, blocküberwindende Denken, die „Entideologisierung der Außenpolitik“, die propagierte Priorität „allgemeinmenschlicher Werte“ und die Vorstellung vom „gemeinsamen europäischen Haus“ neue Impulse erhalten. Das wichtigste neu gewonnene politische Kapital war das gewonnene wechselseitige Vertrauen, das mittlerweile auch die persönlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem Generalsekretär der KPdSU bestimmte.

Dabei sprach Helmut Kohl (wie vordem schon Richard von Weizsäcker) durchaus auch kontroverse Themen an: dass durch Berlin eine Mauer verlief, die Deutschen an der Einheit der Nation festhielten, die Teilung nicht als „das letzte Wort der Geschichte“ ansähen und die deutsche Frage als „offen“ betrachteten.⁹ Kohl räumte ein, man habe dabei „eine Chance im Blick, die sich vielleicht [erst] in einigen Generationen eröffnen“ könne, Strauß hatte bei seinem Gespräch mit Gorbačev von „zehn, fünfzig oder hundert Jahre[n]“ gesprochen: man „forciere“ die Frage der Vereinigung nicht. Auf dieser Basis schien Gorbačevs Formel ein nicht allzu fernliegender, für beide Seiten tragbarer Modus Vivendi: Man müsse die Lösung der Nachkriegsfragen „der Geschichte überlassen“, die „deutsche Frage“ sei zur Zeit „nicht aktuell“, man müsse von den Realitäten ausgehen, nämlich der Existenz zweier deutscher Staaten.¹⁰ Das schloss eine Veränderung der „Realitäten“ für die Zukunft nicht aus, sie konnte nur durch die Deutschen selbst erfolgen, zumal Gorbačev sich nicht nur allgemein zu „Helsinki“ bekannte, sondern explizit auch zum „souveränen Recht eines jeden Volkes“, eines jeden Landes, seinen „Weg [. . .], seine Staatsform, seine Religion, seine Ideologie, seinen Lebensentwurf“ selbst zu wählen. Er versicherte Kohl beim Besuch in Bonn 1989,

⁶ S. 1f., 2, 4, 27.

⁷ Dokumente Nr. 4–6, 16, 19–23.

⁸ Dokumente Nr. 29, 30, 33–44. Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990, München 2005, S. 753–772, 885–895.

⁹ Altrichter, Russland 1989, S. 52 ff., 142 ff.

¹⁰ S. 68, 123, 72, 221.

auch für die Bündnispartner gelte als „ein festes Konzept: jeder ist für sich selbst verantwortlich“. Konsequenz wurde das „Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei zu bestimmen“, bei gleichem Anlass in einer „Gemeinsamen Erklärung“ festgehalten.¹¹

Entsprechend vorsichtig antwortete Gorbačëv denn auch, als er bei der abschließenden Pressekonferenz gefragt wurde, ob er sich vorstellen könne, dass die beiden Staaten „irgendwann“ ihre „europäische Identität und Gemeinsamkeit“ festschreiben könnten: „Ich halte alles für möglich“. Und gefragt, ob die Berliner Mauer nicht der Annäherung, dem „gesamteuropäischen Haus“, das er anstrebe, im Wege stehe, meinte er, die Mauer sei sicherlich nicht das einzige Hindernis, aber „nichts unter dem Mond ist ewig“. Die Mauer sei in einer konkreten Situation entstanden, wobei die DDR ihre souveränen Rechte genutzt habe. Sie könne wieder verschwinden, wenn die Voraussetzungen ihrer Entstehung entfielen. Er sehe darin „kein großes Problem“.¹²

Im engen Beraterkreis Gorbačëvs war man sich der Anfälligkeit der sozialistischen Bruderländer und der Gefahr, alle – auch die DDR – zu verlieren, seit längerem bewusst.¹³ Doch dass sich das Problem so rasch und mit solcher Vehemenz stellen, binnen eines halben Jahres das gesamte sowjetische Imperium kollabieren könnte, ahnte damals niemand. Der Fall der DDR, der Fall der Mauer gingen der sowjetischen Führung dabei besonders nahe. So schrieb Černjaev einen Tag danach, am 10. November 1989, in sein Tagebuch: „Die Berliner Mauer ist gefallen. Eine ganze Epoche in der Geschichte des ‚sozialistischen Systems‘ ist zu Ende gegangen.“ Nach dem Sturz der kommunistischen Parteien in Polen und Ungarn und Honeckers, nach dem Rücktritt Deng Xiaopings und Živkovs, seien nur noch diejenigen übrig geblieben, „die uns leidenschaftlich hassen“: Castro, Ceaușescu und Kim Il Sung. Der Fall der DDR, der Mauer – das sei die Hauptsache, hier handle es sich „um die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt“, um „das Ende von Jalta, das Finale für das Stalinsche Erbe und für die Zerschlagung von Hitler-Deutschland“.¹⁴

Mit Vehemenz versuchte sich die sowjetische Führung dieser Entwicklung entgegenzustellen, sie zu stoppen, zumindest zu verlangsamen. Der Zorn richtete sich zunächst gegen die Bonner Regierung, namentlich gegen Bundeskanzler Kohl, der in einem Telefonat am 11. Oktober 1989 Gorbačëv versichert hatte, das seinerzeit in Bonn Vereinbarte bleibe in Kraft, man wolle nicht, dass die Entwicklung in der DDR „außer Kontrolle“ gerate und sei an einer „Destabilisierung der DDR“, an der Fortdauer des Exodus nicht interessiert. Kohl bestätigte diese Haltung in einem weiteren Telefonat am 11. November.¹⁵ Mit dem 10-Punkte-Programm, das Helmut Kohl am 28. November 1989 dem Deutschen Bundestag vortrug, sah die sowjetische Führung diese Linie verlassen. Mit diesem Plan mische sich Kohl massiv in die inneren Angelegenheiten der DDR ein, stelle an deren

¹¹ S. 57, 148, 166.

¹² S. 184f.

¹³ S. 24.

¹⁴ S. 228.

¹⁵ S. 201 ff., 228 ff.

Führung ultimative Forderungen¹⁶ und versuche die Entwicklung zu forcieren. Eine „Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates waren für die Moskauer Führung auch die zunehmenden Auftritte westdeutscher Politiker in der DDR (die rasch zum politischen Alltag werden sollten).

Selbst wenn man das Recht der Völker, ihren Entwicklungsweg selbst zu bestimmen, anerkannte, so lautete ein weiterer Argumentationsstrang, könne dies nicht ohne Berücksichtigung der fortbestehenden Rechte der Siegermächte und der Sicherheitsbelange der Nachbarn geschehen. Die sowjetische Führung setzte dabei auf die reservierte bis ablehnende Haltung, die auch die französische, italienische, britische Regierung gegenüber einer sich anbahnenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten zeigten, aber als Verbündete Bonns nicht so deutlich artikulieren wollten, und dabei ihrerseits auf das Veto aus Moskau hofften. In Konsultationsgesprächen mit Andreotti, Mitterrand, Thatcher, Bush und Baker suchte Gorbačev nach einer – womöglich – gemeinsamen Linie.¹⁷ Für die Wahrnehmung der Belange der Siegermächte fand man schließlich die Form der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, die Interessen der übrigen Nachbarn sollten im Rahmen der KSZE Berücksichtigung finden können.

Bei den Konsultationen zeigte es sich rasch, dass von den Siegermächten vor allem die USA, in erster Linie der amerikanische Präsident George Bush sen., entschieden für das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung eintrat und dies mit einer weiteren Forderung verband, wofür auch die Bonner Regierung eintrat: den Verbleib des vereinigten Deutschland in der NATO. Obwohl auch die Führung der Sowjetunion (wie eine Strategiedebatte am 26. Januar 1990 dokumentierte) zur Erkenntnis gekommen war, dass die Tage der SED „gezählt“ seien (so KGB-Chef Krjučkov) und die DDR nicht mehr zu „erhalten“ war (Ministerpräsident Ryžkov), könne man sie am „Weglaufen“ nicht hindern (Gorbačev).¹⁸ Beim Treffen mit Kohl am 10. Februar beschied man dem deutschen Bundeskanzler, die Frage der Vereinigung müssten „die Deutschen selbst“ entscheiden.¹⁹ Trotzdem blieb die Frage des militärischen Status eines vereinigten Deutschland weiterhin strittig, ja rückte zur „zentralen Frage“ (Gorbačev) auf. Doch auch bei diesem Problem hatte die sowjetische Führung keinen leichten Stand, setzte sich doch die britische Premierministerin, wenn schon die Vereinigung Deutschlands nicht zu verhindern war, entschieden für dessen Verbleib in der NATO und die weitere Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland ein. Auch war das amerikanische Argument kaum von der Hand zu weisen, dass die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes jedes Staates dessen Außen- und Sicherheitspolitik einschließe. So widersprach Gorbačev beim Treffen mit George Bush in Washington (Ende Mai 1990) bei der anschließenden Pressekonferenz dessen Forderung nicht, dem vereinigten Deutschland die Entscheidung der Bündniszugehörigkeit selbst zu überlassen²⁰, und akzeptierte in den Verhandlungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl und seiner Delegation beim Treffen in Moskau und im Kaukasus Mitte

¹⁶ S. 257 ff. Vgl. auch Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.

¹⁷ Dokumente Nr. 57, 59, 62, 63, 71, 75, 79, 84, 86, 91, 94, 95, 96, 98, 99.

¹⁸ S. 289.

¹⁹ S. 326.

²⁰ Dokument Nr. 97.

Juli 1990, auch die Option der NATO-Mitgliedschaft.²¹ Man kam überein, alle grundsätzlichen Fragen in einem Dokument festzuhalten: die Schaffung eines neuen Deutschland in den Grenzen der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (bei gleichzeitiger Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als endgültig); den Verzicht Deutschlands auf nukleare, chemische und biologische Waffen und den Verbleib sowjetischer Truppen auf dem Territorium der DDR für eine Übergangszeit (in der dann dort auch keine NATO-Truppen und Atomwaffen stationiert wurden) sowie die Begrenzung der Truppenstärke des vereinigten Deutschland.²²

Damit entfielen auch die sowjetischen Einwände gegen das Vereinigungsverfahren – Einwände, die sich gegen den „Anschluss“ der DDR nach Art. 23 Grundgesetz gerichtet und dessen Offenheit für weitere „Annexionen“ kritisiert hatten.²³ Der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, der gleichsam automatisch die NATO-Mitgliedschaft der erweiterten Bundesrepublik bewirkte, wurde nun als Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts akzeptiert, und durch die Definition des Staatsgebietes die „Gefahr“ gebannt, dass Art. 23 GG zur Grundlage weiterer „revisionistischer“ Forderungen hätte werden können (dieser Artikel wurde aus dem Grundgesetz gestrichen).

IV.

„Gorbačev und die deutsche Frage“ – schon der Titel macht deutlich, worum es in dieser Quellenauswahl geht. Der Band verdeutlicht – an sowjetischen Quellen – wie die Staats- und Parteiführung der Sowjetunion, mit dem Machtverfall in der DDR konfrontiert, die weitere Entwicklung, die schließlich zur Vereinigung der beiden Staaten führte, mitzubestimmen suchte. Die innere Entwicklung in der DDR wie die innere Entwicklung in der Sowjetunion, die im Herbst 1991 schließlich zu deren Auflösung und Rücktritt Gorbačevs als Staatspräsident führten, bildeten gleichsam den Hintergrund aller Entscheidungen und sind, obwohl sie nicht das Thema der Dokumentation sind, bei den beschriebenen Aktionen und Reaktionen stets mitzudenken.

Eine russische Ausgabe der Dokumente erschien 2006 in Moskau. Der hier vorgelegte deutsche Band ist mehr als nur eine Übersetzung. Die Texte wurden eingehend kommentiert, ihr Wortlaut, wo es möglich war, mit Parallelüberlieferungen der wiedergegebenen Verhandlungen, Gespräche, Telefonate verglichen und in Fußnoten auf Differenzen und Auslassungen hingewiesen. So kann sich der Leser, spannend genug, die grundstürzenden Ereignisse der Jahre 1989 bis 1991, das Ende der Nachkriegsordnung und des Kalten Kriegs, das Machtspiel um die deutsche Wiedervereinigung, nicht nur aus sowjetischer Perspektive erzählen lassen, er wird zugleich auf andere Quellen, Erinnerungen und Darstellungen zu diesen Ereignissen hingewiesen, die in den letzten Jahren in großer Zahl erschienen sind.

²¹ S. 458 ff.

²² Ebd.

²³ S. 375 ff., 388.

V.

Die Dokumente dieses Bandes vermitteln grundlegende Einsichten in die sowjetische Perspektive und die Diskussionen innerhalb ihrer Führung. Sie sind deshalb für die künftige Interpretation unverzichtbar. Sie sind es aber auch deshalb, weil sie die bisher vorliegenden bzw. zugänglich gemachten Dokumente wesentlich ergänzen. Dies gilt insbesondere für solche Verhandlungen und Vorgänge, die bereits in anderen Quellenpublikationen dokumentiert sind. Hier ist in erster Linie an den Sonderband der „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ unter dem Titel „Deutsche Einheit. Sonderedition der Akten aus dem Bundeskanzleramt 1989/90“²⁴ zu denken, in dem sich zahlreiche Gesprächsaufzeichnungen über Verhandlungen mit der sowjetischen Führung finden, darunter Gespräche Helmut Kohls oder auch des außenpolitischen Beraters des Bundeskanzlers, Horst Teltschik, mit Gorbačev. Die korrespondierenden Dokumente aus sowjetischen bzw. deutschen Archiven erlauben zusätzliche Einblicke. Über diese bis heute grundlegende und von Hanns Jürgen Küsters vorzüglich eingeleitete Dokumentation gehen selbstverständlich diejenigen Informationen hinaus, die Gespräche der sowjetischen Führung mit anderen ausländischen Verhandlungspartnern bzw. die innersowjetischen Entscheidungsprozesse betreffen. Anders als die Sonderedition der Dokumente aus dem Kanzleramt, die den Zeitraum vom Frühjahr 1989 bis zum 29. September 1990 abdecken, reicht die hier vorlegte Dokumentation „Michail Gorbačev und die deutsche Frage“ von 1986 bis 1991. Sie bezieht also stärker die Vorgeschichte der Schlüsseljahre 1989/90 ein, während die Dokumente aus dem Kanzleramt selbstverständlich die innerdeutschen Verhandlungen und innenpolitischen Aspekte berücksichtigen. Da inzwischen auch ein Band mit britischen Quellen vorliegt – „Documents on British Policy Overseas Series III vol. VII: German Unification, 1989 to 1990“²⁵ – können auch die britisch-sowjetischen Verhandlungen auf der Spitzenebene korrespondierend betrachtet werden. Eine Dokumentation der französischen Akten zur Wiedervereinigung liegt noch nicht vor, wenngleich sich aus den veröffentlichten Akten des Bundeskanzleramts viele Zielsetzungen der französischen Politik in dieser Phase beispielsweise aus den Gesprächen zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand erschließen lassen. Allerdings hat das französische Außenministerium seine Akten zur Wiedervereinigung freigegeben. Eine einschlägige Quellenpublikation ist ebenfalls in Vorbereitung.

Neben den hier genannten, unverzichtbaren Quellenpublikationen hat seit langem eine intensive Erforschung des Wiedervereinigungsprozesses 1989/90 eingesetzt, so dass für zentrale Fragen schon heute ein sehr fundierter Kenntnisstand erreicht ist. Diese Forschungen begannen mit der großen vierbändigen „Geschichte der deutschen Einheit“ von Wolfgang Jäger, Dieter Grosser, Karl-Rudolf Korte und Werner Weidenfeld²⁶ sowie der umfassenden Analyse des diplomati-

²⁴ Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.

²⁵ London und New York 2010.

²⁶ Bd. 1: Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft: Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998. Bd. 2: Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart

schen Prozesses durch Hanns Jürgen Küsters in der erwähnten Aktenedition, die inzwischen aktualisiert und separat erschienen ist.²⁷ Weitere wesentliche Darstellungen sind inzwischen zur inneren Auflösung der DDR und zur Friedlichen Revolution sowie zum Gesamtvorgang der Wiedervereinigung veröffentlicht worden, zuletzt die von Ehrhart Neubert²⁸ und Ilko-Sascha Kowalczyk²⁹ sowie von Gerhard A. Ritter der Band „Der Preis der deutschen Einheit“³⁰ und von Andreas Rödter die Gesamtdarstellung „Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung“³¹, um nur einige zu nennen.

Diese unterschiedlichen, sich ergänzenden Quellenpublikationen und Forschungen lassen es zu, die höchst komplexe Entwicklung der Jahre 1989 und 1990 nicht allein aus deutscher oder einer anderen nationalen Perspektive zu betrachten, sondern multilateral. Außerdem zeigen sie die komplizierte Dialektik zwischen verschiedenen Entwicklungen auf der Ebene der internationalen Politik und ihrer Diplomatie einerseits sowie der inneren Entwicklung der Staaten andererseits. Hinzu treten die transnationalen Wirkungen, beispielsweise die wesentliche Rolle der seit der Gründung der Solidarność von 1980 bis 1989 andauernden polnischen Emanzipation von der kommunistischen Diktatur im Inneren und der Abhängigkeit von der Sowjetunion im Äußeren, für die Nachbarstaaten – Ungarn, die Tschechoslowakei und eben auch die DDR.

Man wird dem weltgeschichtlichen Vorgang, der zur Lösung der „deutschen Frage“ 1989/90 führte, nicht gerecht, wenn man ihn ausschließlich aus der Perspektive der Wiedervereinigung betrachtet, so zentral die deutsche Entwicklung gewesen ist, weil mit ihr die Zweiteilung nicht nur Deutschlands, sondern Europas und der Welt beendet wurde. Wie auch die hier vorgelegten Dokumente zeigen, gingen bis Ende der 1980er Jahre nahezu alle Staatsmänner – und die öffentliche Meinung – in den beteiligten Staaten mehr oder weniger davon aus, dass die „deutsche Frage“ nicht auf der Tagesordnung der internationalen Politik stehe. Aus diesem Grund liefen die Politiker auch kein „Risiko“, wenn sie grundsätzlich die Teilung Deutschlands und Europas als „unnatürlich“ bezeichneten und es der künftigen Geschichte überließen, diese Teilung zu beenden. So bemerkte Helmut Schmidt einmal: „Als ich 1974 als neu gewählter Bundeskanzler vor meiner ersten Moskauer-Reise stand, gab es kaum eine Regierung in Europa, welche die Teilung Deutschlands ehrlich bedauerte. Eher war das noch in Washington oder im fernen

1998. Bd. 3: Wolfgang Jäger in Zusammenarbeit mit Michael Walter: Die Überwindung der Teilung: Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998. Bd. 4. Werner Weidenfeld mit Peter M. Wagner und Elke Bruck: Außenpolitik für die deutsche Einheit: Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998.

²⁷ Hanns Jürgen Küsters: Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Freiburg 2009.

²⁸ Ehrhart Neubert: Unsere Revolution – Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008.

²⁹ Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.

³⁰ Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats. München 2006.

³¹ München 2009. Vgl. auch: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, hg. im Auftrag der Gemeinsamen Kommission von Horst Möller und Aleksandr Cubar'jan, München 2008, S. 2–148: Die Sowjetunion und Deutschlands Vereinigung, sowie Werner Zink: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen Moskauer Vertrag (1970) und Wiedervereinigung, ebd. S. 298–342.

Beijing der Fall. Aber ein gewisses Verständnis für die deutsche Lage konnte Washington dennoch nicht zu einer Politik bringen, die konkret auf eine Wiedervereinigung der deutschen Teilstaaten gerichtet gewesen wäre [...] Die Welt schien also mit der Spaltung Deutschlands weitgehend zufrieden zu sein; unlogischerweise war sie weit weniger zufrieden mit der Spaltung Europas.³²

Für Schmidts Nachfolger Helmut Kohl hatte sich diese Situation kaum verändert, er sah sich seit 1982 mit der gleichen Erfahrung konfrontiert. Schon deshalb ist die oft gehörte Annahme unsinnig, 1989/90 habe die historische Entwicklung gleichsam wie von selbst zur Wiedervereinigung geführt. Davon kann keine Rede sein – wie alle bisher zugänglich gewordenen Dokumente zeigen, bedurfte es schwieriger und äußerst geschickt geführter politischer und diplomatischer Verhandlungen, um nicht allein die Einheit Deutschlands zu erreichen, sondern auch um die in diesen Dokumenten ebenfalls heftig diskutierte Frage zu beantworten, ob ein wiedervereinigtes Deutschland Mitglied der NATO bleiben dürfe. Tatsächlich handelte es sich hier nicht allein um ein sicherheitspolitisches Problem für die Sowjetunion oder die Deutschen, sondern auch um ein wesentliches Element der Einbettung der Wiedervereinigungspolitik und die Weiterführung der westlichen Integration – weltpolitisch in die NATO und europapolitisch in die europäischen Institutionen. Ein so europäisch und sicherheitspolitisch integriertes vereinigtes Deutschland schien allen Beteiligten die Gewähr zu bieten, künftig auf nationalistische Alleingänge zu verzichten. Nicht allein, aber auch aus diesem Grund hat Bundeskanzler Helmut Kohl Wiedervereinigungspolitik auch als europäische Integrationspolitik betrieben und schließlich mit dem Ziel verbunden, die sowjetischen Truppen zum Abzug aus dem wiedervereinigten Deutschland zu bringen. Und das hieß zugleich, die Voraussetzung für den Abzug sowjetischer Truppen aus den ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten zu schaffen. Auf diese Weise wurde auch die sicherheitspolitische Selbstbestimmung der Deutschen zum Vehikel für die sicherheitspolitische Autonomie der ostmitteleuropäischen Staaten. Schließlich bestand der Gewinn nach dem Ende des Warschauer Paktes nicht allein darin, dass keine gegnerischen und potentiell feindlichen Blöcke mehr Deutschland und Europa teilten, sondern dass die kleineren mittelost- bzw. osteuropäischen Staaten sicherheitspolitisch ihre Souveränität zurückgewannen.

Von großer Spannung sind aber nicht allein die Veränderung der internationalen Beziehungen, sondern die erwähnte Dialektik der jeweiligen Volksbewegungen und Bürgerrechtsbewegungen im Inneren der kommunistischen Staaten und der Druck, den diese im Laufe des Jahres 1989 immer dynamischere Entwicklung auf die Regierungen ausübte. Sie war, wie die Gespräche der Staatsmänner zeigen, ursächlich für die ungemaine Beschleunigung und Intensivierung der Verhandlungen über die „deutsche Frage“. Insofern sind die friedlichen Revolutionen, die in unterschiedlicher Form in mehreren osteuropäischen bzw. ostmitteleuropäischen Ländern sowie der DDR stattfanden, eine entscheidende Bedingung für den Erfolg der bi- bzw. multinationalen Verhandlungen. Auf der anderen Seite sollte dies nicht zu dem Kurzschluss verleiten, dass die friedlichen Revolutionen ohne die politischen Verhandlungen und Entscheidungen zum Erfolg geführt hätten. Eine

³² Helmut Schmidt: Menschen und Mächte. Berlin 1987, S. 41.

zwangsläufige Entwicklung ist nirgendwo erkennbar, dafür aber die große historische Leistung der Beteiligten, zu tragfähigen Lösungen zu kommen, wobei eine Fülle innen- und außenpolitischer Probleme gelöst werden mussten.

Standen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland während der Ära Konrad Adenauers die Westintegration im Vordergrund und in der Ära Willy Brandts die Ostpolitik, so musste in der Ära Helmut Kohl beides miteinander verbunden werden,³³ und das hieß: Einigungen nicht nur mit den europäischen Nachbarn, sondern auch mit den USA und der Sowjetunion zu erzielen.

Erlangen/München, im September 2010

Helmut Altrichter – Horst Möller

³³ Horst Möller: Die Überwindung der Teilung Deutschlands: Zukunftschancen in historischer Perspektive, in: Angela Merkel (Hg.), Europa und die deutsche Einheit, Freiburg 2000, S. 61–83. Dort auch eine umfangreiche Bibliographie: S. 106–127.

Danksagung

Als das Institut für Zeitgeschichte einen Übersetzer für die seit längerem geplante deutsche Ausgabe der Edition „Michail Gorbačev und die deutsche Frage“ suchte, gab es einen glücklichen Zufall: Prof. Dr. Joachim Glaubitz, seines Zeichens emeritierter Sinologe und Politologe mit breit gespannten Interessen und Sprachkenntnissen, unter anderem auch des Russischen, hatte, kurz nach deren Erscheinen, ein Exemplar der russischen Ausgabe von dem Moskauer Historiker Alexander Vatlin als Gastgeschenk erhalten und sich daran gemacht, diese zu übersetzen. Er wollte mit seiner Frau, Prof. Dr. Beate Neuss, die an der Universität Chemnitz Internationale Politik lehrt, die Dokumente zugänglich machen. Von diesem Vorhaben kann nun auch die an der Geschichte der deutschen Einheit interessierte deutschsprachige Leserschaft profitieren, bot doch Glaubitz seine Übersetzung dem Institut für Zeitgeschichte im richtigen Moment zur Publikation an. Gedankt sei auch Prof. Dr. Aleksandr Galkin, mit dem Horst Möller die ersten Verhandlungen über eine deutsche Ausgabe führte.

Dabei konnte es aber nicht nur um eine bloße deutschsprachige Wiedergabe der russischen Edition gehen. Den Herausgebern schien es daher zwingend, die hier vorgelegten Dokumente in den Überlieferungskontext zu stellen. Für diese Aufgabe, die sich in einer detaillierten Kommentierung niederschlägt (siehe dazu auch die Editorische Notiz), konnte als ausgewiesener Kenner der deutsch-sowjetischen Beziehungen Dr. Andreas Hilger von der Universität der Bundeswehr in Hamburg gewonnen werden, der dabei von Jonas Gerwing unterstützt wurde. Die Redaktion der Übersetzung übernahm Verena Brunel, die ihre souveräne Sprachkenntnis und Akribie einmal mehr engagiert in den Dienst der deutsch-russischen Verständigung gestellt hat.

Der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen sowie dem Bundesministerium des Innern und dem zuständigen Referatsleiter, Eberhard Kuhrt, ist für die Unterstützung der deutschen Ausgabe zu danken.

Editorische Notiz

Die vorliegende Edition ist eine vollständige Übersetzung der russischsprachigen Dokumentensammlung „Michail Gorbačev i Germanskij vopros. Sbornik dokumentov 1986–1991, hg. von Aleksandr Galkin und Anatolij Černjaev, Moskau 2006“.¹ Die Dokumente sind, bis auf wenige Ausnahmen, in der Gorbačev-Stiftung, Moskau, archiviert. Der Forschung sind diese zentralen Überlieferungen bislang nur ausschnittsweise bekannt. Die Auszüge wurden für verschiedene internationale und bilaterale Forschungsprojekte resp. Einzeldarstellungen zur Geschichte der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 genutzt.² Daneben existieren parallele Quellensammlungen zur Geschichte der UdSSR unter Gorbačev, die ihrerseits auf den Beständen der Gorbačev-Stiftung basieren. Allen Primär- und Sekundärpublikationen ist gemeinsam, dass sie die entsprechenden russischen Archivalien nicht vollständig wiedergeben oder auf unterschiedliche Bearbeitungsvarianten der entsprechenden Dokumente zurückgreifen. Es ist ein Ziel dieser deutschen Ausgabe, auf der Basis der genutzten Vorlage diese Abweichungen und Variationen in der russischen Überlieferungslandschaft zusammenzuführen. Da die verschiedenen Quelleneditionen in Auswahl und Präsentation der Dokumente zugleich auf zeitgenössische Standpunkte und nachträgliche Interpretationen der beteiligten Personen verweisen, erschien es sinnvoll, hierbei zusätzlich die entsprechenden Memoiren und Beiträge der zeitgenössischen sowjetischen Akteure anzugeben.

Die Dokumentation führt noch einmal eindringlich vor Augen, dass die deutsche Wiedervereinigung ein multinationaler Prozess war, in dem Moskau – Gorbačev, Ševardnadze und ihre engsten Mitarbeiter – auf verschiedenen internationalen, multilateralen Foren agierten und reagierten. Die vorliegende Ausgabe stellt aufgrund ihres weit gesteckten zeitlichen Rahmens und wegen ihrer – unter Beachtung der bereits skizzierten Ergänzungs- und Korrekturmöglichkeiten – inhaltlichen Komplexität eine notwendige und äußerst wichtige Ergänzung zu deutschen und westlichen Perspektiven auf den Einigungsprozess dar. Vor diesem Hintergrund erschien es den Herausgebern der deutschen Ausgabe notwendig, die Dokumente auch in den relevanten Überlieferungskontext westlicher und besonders deutscher Provenienz einzubetten. Angesichts der international gängigen Zugangsbeschränkungen für Archivalien der jüngsten Vergangenheit wurden dafür nicht nur grundlegende Akteneditionen, sondern auch Memoiren und Darstellungen der westlichen Beteiligten herangezogen.

¹ Die Dokumentation ist in russischer Sprache mittlerweile vollständig im Internet abrufbar, unter <http://www.rodon.org/other/mgigv/index.htm> (Zugriff am 31. 1. 2010).

² Vgl. hierzu das Literaturverzeichnis sowie die Einzelanmerkungen im Dokumententeil.

Diese grundlegenden Editionsprinzipien schlagen sich in der formalen Ausgestaltung wie folgt nieder:

Die deutsche Übersetzung richtet sich nach der oben zitierten Originalausgabe. Um den Quellencharakter der Dokumentation zu verdeutlichen, wurden alle Dokumente mit einer neuen deutschsprachigen Überschrift versehen; die Nummerierung der Dokumente ist ebenfalls für die deutsche Ausgabe neu eingefügt. Danach folgt die Übersetzung der Überschrift und der Zusätze (Datum, Teilnehmerkreis) der Originalausgabe. Die Signatur am Ende eines jeden Dokuments folgt ebenfalls der Originalausgabe, wurde in der Übersetzung aber hinsichtlich der Bestandszählung vereinheitlicht.

In der russischen Originalausgabe werden Auslassungen in der Regel ohne weitere Erläuterungen entweder durch „...“ oder durch „[...]“ kenntlich gemacht; die erste Schreibweise – „...“ – verweist manches Mal auch nur auf reine Gesprächspausen. Daneben weisen die Protokolle mitunter kursiv gesetzte resp. eingeklammerte Anmerkungen oder Zusammenfassungen ausgelassener Passagen auf. Diese Zeichensetzung und derartige Anmerkungen werden in der Übersetzung durchgängig ohne jede weitere Kommentierung übernommen.

Der Abgleich mit russischen Parallelüberlieferungen und partiellen Übersetzungen hat ergeben, dass die Originalausgabe Kürzungen nicht durchgängig ausweist sowie mitunter in der Wortwahl, im Satzbau, oder in ganzen Passagen von anderen Ausgaben abweicht. Daher werden zunächst für alle Dokumente pauschal die russischen Parallelausgaben, (Teil-)Übersetzungen und auszugsweise Wiedergaben bzw. relevante Zusammenfassungen dieser Quellen in der Forschungsliteratur angeführt. Dabei konnten nur die Ausgaben beachtet werden, die bis zum 31. Dezember 2009 vorlagen; die gesammelten Werke Gorbačevs etwa, die seit 2008 erscheinen, deckten bei Redaktionsschluss nur die Zeit bis März 1989 ab.³

Im Text der Dokumente werden Lücken der Originalausgabe aus anderen Editionen bzw. Zusammenfassungen dieser russischen Quellen aufgefüllt: Zusätze werden in „[]“ wörtlich eingefügt, soweit dies vom deutschlandpolitischen Bezug her notwendig und vom Umfang her möglich war; ansonsten werden die fehlenden Passagen knapp in den Anmerkungen referiert. Wenn diese Auslassungen in der Originalausgabe nicht kenntlich gemacht worden waren, wird darauf hingewiesen. Geht der Text der hier genutzten Originalausgabe über den der genutzten Parallelüberlieferungen hinaus, ohne dass diese Nebenüberlieferungen die Kürzungen resp. Abweichungen ausweisen, wird dies vermerkt.

³ Gorbačev, *Sobranie*. Band 14 und 15 für den Zeitraum bis September 1989 sind 2010 erschienen. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden konnten die jüngsten Dokumentensammlungen: M. S. Gorbačev (Hrsg.), *Otvečaja na vyzov vremeni. Vnešnjaja politika perestrojki: dokumental'nye svi-detel'stva. Po zapisjam besed M. S. Gorbačeva s zarubežnymi deitel'jami i drugim materialam*, Moskau 2010 sowie *Masterpieces of history: the peaceful end of the cold war in Europe*, hg. von Svetlana Savranskaja u. a., Budapest 2010; vgl. hierzu die Online-Sammlung des NSA unter <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/rus/Masterpieces.html>. Die englische Übersetzung des Černjaev-Tagebuchs, die das NSA publiziert, konnte ebenfalls nur bis einschließlich 1989 berücksichtigt werden; Einträge für 1990 wurden im Sommer 2010 online gestellt (<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB317/index.htm>). Zu fortlaufenden Veröffentlichungen relevanter Einzeldokumente durch das NSA (die *Electronic Briefing Books*) 2010 vgl. <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB320/index.htm>.

Ferner werden für Gesprächsprotokolle und -vermerke relevante, publizierte westliche, insbesondere deutsche Parallelüberlieferungen angeführt; auf wichtige Abweichungen oder spezifische Akzentsetzungen dieser Gegenüberlieferungen wird im Kommentar ebenfalls verwiesen. Schließlich werden die Memoiren und Darstellungen der Akteure genannt, um dem Leser den weiterführenden Zugriff auf die verschiedenen Sichtweisen der Beteiligten zu erleichtern. Hierbei wurden, wenn vorhanden, die deutschen Ausgaben der Memoiren genutzt; relevante Abweichungen von den entsprechenden fremdsprachigen Originalausgaben bzw. Übersetzungen wurden, soweit möglich, angegeben.

In der Originalausgabe werden die Dokumente äußerst knapp und selektiv kommentiert. Diese ursprünglichen Kommentare werden in der Übersetzung jeweils am Ende eines Dokuments unter „*“, „**“ usw. übernommen. Der neue, arabisch bezifferte Anmerkungsapparat der Übersetzung enthält neben den Angaben zur Überlieferung notwendige inhaltliche Erläuterungen: Darunter fallen erwähnte Sachverhalte, die sich nicht aus dem Gesamtdokument erschließen, sowie Hinweise auf Fundstellen von Bezugsdokumenten, die in der Dokumentation thematisiert werden (Gesprächsprotokolle, Abkommen u. Ä.).

Kurze biographische Angaben zu allen erwähnten Personen finden sich im annotierten Personenregister, nicht im Anmerkungsapparat. Die Anmerkungen beschränken sich auf den Zeitraum, in dem diese Personen in den entsprechenden Dokumenten erscheinen. Für die deutsche Ausgabe wurde neben diesem Personenregister zusätzlich ein kombiniertes Orts- und Schlagwortregister erstellt. In den Registern werden Dokumentennummern aufgeführt, keine Seitenzahlen. Die Einträge verweisen sowohl auf das Dokument als auch auf den Kommentar. Das Vorwort wurde nicht verschlagwortet.

Die Schreibweise russischer Orts- und Personennamen folgt der wissenschaftlichen Transliteration. Nur die sowjetischen Termini, die auch im Deutschen gebräuchlich sind (wie ZK, Sowjet, Kreml), werden in der üblichen deutschen Schreibweise wiedergegeben.

Die Dokumente verwenden im Übrigen sowohl die Begriffe Sowjetunion/sowjetisch als auch Russland/russisch, ohne dass der Kommentar diese Besonderheit jeweils eigens hervorhebt. Ähnlich inkonsequent wird in den vorliegenden Dokumenten die Anrede mit „du“ oder „Sie“ gehandhabt. In diesen Fällen folgt die Übersetzung ebenfalls der wechselnden Vorlage; eine Unterscheidung zwischen „Ihnen“ und „euch“ ist aus den Kontexten nicht zwingend zu erschließen und wird daher in der Übersetzung nicht vorgenommen.

Andreas Hilger

Vorwort zur russischen Ausgabe

Über die Wiedervereinigung Deutschlands sind Hunderte von Büchern, Tausende von Artikeln geschrieben, eine Vielzahl von Dokumentar- und Spielfilmen gedreht und eine große Zahl von Interviews gegeben worden. Es scheint, als seien alle Wechselfälle dieses Ereignisses von Weltbedeutung gewissenhaft verfolgt worden. Von Teilnehmern und Augenzeugen der Ereignisse, von Wissenschaftlern und Journalisten sind zahlreiche Dokumente und andere Zeugnisse, die sich den inneren und äußeren Aspekten der Sache widmen, in Umlauf gebracht worden. Man sollte meinen, es gäbe es keine Geheimnisse mehr, die dem Verständnis von Ursachen und Ablauf der Wiedervereinigung im Wege stünden. Nichtsdestoweniger dauern die Auseinandersetzungen an, und allem Anschein nach sind wir noch weit davon entfernt, mit Recht behaupten zu können, unsere Kenntnisse über den Prozess der Vereinigung seien vollständig und erschöpfend.

Dafür gibt es objektive Gründe. Einer davon ist die geringe historische Distanz. Das Ereignis ist noch frisch im Gedächtnis und nicht frei von emotionalen Empfindungen: Die von ihm ausgelösten Wogen des Streites haben sich noch nicht geglättet, politische Vorlieben beherrschen das Feld, und die an den Ereignissen Beteiligten haben sich in der verdienten oder für sie erstrebenswerten historischen Rolle nicht etabliert. Ein anderer Grund ist die Einseitigkeit der Informations- und Quellenbasis. Am zugänglichsten für die Forscher – und umso mehr für das Publikum – haben sich die Materialien erwiesen, die eine Vorstellung lediglich der äußeren Aspekte der Sache vermitteln. Die tieferliegenden Aspekte, darunter jene, die man gemeinhin als Hintergründe bezeichnet, sind in Vielem bisher der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich. Die Folge – zahlreiche oberflächliche Urteile, Substitution von Analyse durch Mutmaßung sowie Unverständnis für die Motive der wichtigsten handelnden Personen.

Daher das Fazit: Bei der Erforschung der Ereignisse, die zur Wiedervereinigung Deutschlands geführt haben, der treibenden Kräfte dieses Prozesses und der Beweggründe, die ihn ermöglichten, ist es noch zu früh, einen Schlusspunkt zu setzen.

Eine wirkliche Kenntnis davon, was sich ereignet hat, und wie es sich ereignet hat, ist ohne eine allseitige Betrachtung der Rolle Michail Gorbatschovs nicht möglich. Die Bedeutung seines Beitrags zur Wiedervereinigung Deutschlands wird wohl niemand bestreiten. Allerdings wird dieser recht verschieden interpretiert. Und die Rede ist hier nicht unbedingt von den politischen Gegnern Gorbatschovs, von denjenigen, für die alles, was er getan hat, nur ein Zeichen trägt: ein Minus. Das Unverständnis für die wahren Motive Gorbatschovs und die falsche Interpretation konkreter Episoden des Verhandlungsprozesses sind manchmal so tiefgreifend, dass sie die Bedeutung nicht nur der Rolle Gorbatschovs völlig entstellen, sondern auch die Bedeutung all dessen, was sich ereignet hat.

Die Politik Gorbačëvs in der deutschen Frage kann nur dann richtig verstanden und bewertet werden, wenn sie in einen globaleren Kontext eingebettet wird: seine Einschätzung der Weltlage, seine entschlossene Festlegung auf die Beendigung des „Kalten Krieges“, der die Menschheit an den Rand der Selbstvernichtung geführt hat und die Entwicklung der Ereignisse in der Sowjetunion selbst. Die Lösung der deutschen Frage sollte zu einem Faktor bei der Demontage der Konfrontation der Systeme werden.

Mitte der 80er Jahre trat das deutsche Problem für die sowjetische Führung in zwei Erscheinungsformen auf. Es gab zwei deutsche Staaten und zwei sowjetisch-deutsche Politiken. Gemeinsam war ihnen, dass die eine wie die andere zumindest einer Korrektur und einer Erneuerung bedurfte. Die Beziehungen sowohl zur DDR als auch zur BRD hatten sich historisch herausgebildet, wobei sich viel Irrationales und ideologisch Realitätsfernes angesammelt hatte. Die Frage einer Wiedervereinigung Deutschlands stellte sich anfänglich praktisch nicht, obgleich es für viele Experten in der Sowjetunion offenkundig war, dass sie früher oder später erfolgen würde.

Als Gorbačëv an der Spitze der UdSSR stand, verfügte er über genügend Unterlagen darüber, dass sich die Lage in der DDR bei weitem nicht zum Besten gestaltete. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme wurden nicht gelöst, sondern verdrängt. Die Unzufriedenheit mit der Politik der Führung erfasste sämtliche sozialen Gruppen.

In der DDR, ebenso wie in der Sowjetunion selbst, reiften Veränderungen heran. Unter diesen Bedingungen boten sich zwei mögliche, einander jedoch ausschließende Vorgehensweisen an. Die erste – der DDR eine Perestrojka nach dem Muster der Sowjetunion aufzuzwingen, d. h. Reformen von außen zu „initiiieren“. Die zweite – unter Beachtung der Unabhängigkeit und Souveränität der DDR einen Kurs der Nichteinmischung in ihre Angelegenheiten zu verfolgen und lediglich auf vom Beispiel der eigenen „Perestrojka“ beeinflusste Veränderungen zu zählen. Aufgrund des historisch gewachsenen Charakters der Beziehungen mit den sozialistischen Verbündeten neigte die sowjetische Führung dazu, den ersten Ansatz zu verfolgen. Für Gorbačëv selbst jedoch, der einen Kurs in Richtung einer tiefgreifenden Umgestaltung in allen Bereichen eingeschlagen hatte, war diese Vorgehensweise absolut unannehmbar, denn sie hätte den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas jegliche Perspektive genommen. Bereits beim Zusammentreffen mit den Führern der Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes anlässlich der Beisetzung seines Vorgängers Konstantin Černenko erklärte ihnen Gorbačëv, die sowjetische Führung werde das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten der Verbündeten strikt befolgen. Wie die Führung der DDR mit dieser neuen Situation umging und warum die Befreiung von der Vormundschaft die Haltlosigkeit des Regimes bloßlegte – dies ist eine andere Geschichte.

Die Schwierigkeit eines Umdenkens in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland erklärte sich nicht nur aus der Komplexität des Problems. Eine nicht geringe Rolle spielten auch psychologische Momente. Für Gorbačëv selbst, der als Kind alle Beschwerden des Krieges und der deutschen Besetzung miterlebt hatte, war es wie für viele andere in der UdSSR nicht leicht, das „antideutsche Syndrom“

zu überwinden. Das betraf erst recht die Millionen einfacher Menschen. Als ein Mensch mit ausgeprägtem politischem Gespür war sich Gorbačev völlig darüber im Klaren, dass ein schroffes Überschreiten bestimmter fest etablierter Grenzen in den Beziehungen mit Deutschland kein Verständnis bei den Menschen in der UdSSR finden würde. Es war nötig, sie schrittweise darauf vorzubereiten.

Eine positive Rolle bei der Überwindung des genannten „Syndroms“ spielten die jahrelangen bilateralen Beziehungen zur DDR. Einen wesentlichen Einfluss übte in dieser Hinsicht der Impuls der „Ostpolitik“ Willy Brandts aus, der Bewegung in die „deutsche Frage“ brachte.

Atmosphärische Veränderungen in den Beziehungen zwischen UdSSR und BRD wurden schon im Juli 1987 während der Moskaureise des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker erkennbar. Sein Gespräch mit Michail Gorbačev schien nichts Sensationelles zu beinhalten. So lenkte Gorbačev die Aufmerksamkeit seines Gesprächspartners auf die Bedeutung des Beitrags beider deutscher Staaten zur Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa. Er vertrat erneut und hinreichend entschieden die sowjetische Position: zwei deutsche Staaten – dies sei die Realität. Jeglicher Versuch, sie zu revidieren, würde höchst unerwünschte Folgen haben.

Nichtsdestoweniger klangen im Gespräch einige neue Töne an. Es stellte sich heraus, dass beide Seiten bereit waren – mehr noch, danach strebten – den Stillstand in den Beziehungen der beiden Länder zu beenden, der Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre vor dem Hintergrund der aktiven Beziehungen der UdSSR zu anderen Staaten besonders augenfällig geworden war. Nicht weniger wichtig war aber auch, dass Gorbačev im Prinzip eine Vereinigung Deutschlands nicht ausschloss – wenn nicht jetzt, so später: Man solle der Geschichte die Möglichkeit der Entwicklung lassen. Zu jener Zeit und unter jenen Umständen war dies ein bedeutsames Moment.

Die Begegnungen die auf das Gespräch mit Weizsäcker folgten, darunter mit Franz Josef Strauß, Lothar Späth, Martin Bangemann, Hans-Jochen Vogel und besonders mit Hans-Dietrich Genscher trugen zur Klärung vieler Aspekte der „deutschen Frage“ bei. Gorbačev sprach immer öfter darüber auch in seinem Kreis und auf den Sitzungen des Politbüros.

Auf einen weiteren Versuchsballon seitens Helmut Kohls antwortete Gorbačev mit einem Brief, in dem erstmals von einem „neuen Kapitel“ in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern gesprochen wurde. Im Oktober 1988 kam der Bundeskanzler nach Moskau. Um die Bedeutung dieses Besuchs insbesondere im Hinblick auf das künftige Herangehen an die deutsche Frage zu verstehen, ist es wichtig, die Atmosphäre der Begegnung und das bei beiden Politikern entstandene wechselseitige Vertrauen zu berücksichtigen.

Am 28. Oktober 1988 fand im Katharinsaal des Kreml ein entscheidendes, vertrauensvolles Gespräch statt, das frei war von Feindseligkeit, ideologischem Geplänkel, Zweideutigkeit und Arglist. Beide Gesprächsteilnehmer stellten später fest, dass dies eine ehrliche, offene Unterhaltung war, die sich durch einen realistischen Ansatz, Verantwortungsbewusstsein und Optimismus und das Gefühl, eine Perspektive zu haben, auszeichnete.

Im Politbüro zog Gorbačev die folgende Bilanz des Kohl-Besuchs: „Bislang ist

zwar ein Umschwung nicht erfolgt, aber es hat einen starken Impuls in diese wichtige Richtung gegeben.“

Die Beziehungen zwischen Gorbačev und Kohl nahmen bald einen freundschaftlichen Charakter an, was letzten Endes dazu beitrug, den Umgestaltungsprozess in der DDR ohne übermäßige Erschütterungen durchzuführen, als dort wie auch in den anderen Ländern Zentral- und Osteuropas stürmische Monate der politischen Erschütterungen anbrachen.

Es war symbolisch, dass der „Kontakt“, der die beiden staatlichen Akteure vereint hatte, mit dem Auftritt Gorbačevs vor den Vereinten Nationen Anfang Dezember 1988 zusammenfiel. Vor der gesamten Welt wurde die wichtigste Grenze kenntlich gemacht: die Unumkehrbarkeit des Übergangs der UdSSR zu einer prinzipiell neuen Politik, der Verzicht auf ideologische Vorgaben in den Beziehungen zu welchen Ländern auch immer.

Anfang Juni 1989 erfolgte ein Besuch Gorbačevs in der Bundesrepublik Deutschland. Die umfassende Analyse des deutschen Problems in den zwischen den beiden Besuchen vergangenen Monaten hatte ihn davon überzeugt, dass die harte Position in der Frage der deutschen Einheit, die bei ihm schon früher Zweifel hervorgerufen hatte, ohne Perspektive war.

Selbstverständlich vermochte niemand, auch nicht Gorbačev, sich vorzustellen, wie und in welcher Geschwindigkeit die Ereignisse sich entwickeln würden. Weder in der UdSSR noch in der Bundesrepublik selbst konnten die ernsthaften Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Einheit Deutschlands im Handumdrehen verschwinden. Nichtsdestoweniger klangen in der Gemeinsamen Erklärung, die während des Besuchs Gorbačevs in der BRD unterzeichnet worden war, neue Töne an, die in ihrer Gesamtheit ein ganz offensichtliches – wenn auch unausgesprochenes – Leitmotiv bildeten. Im Vieraugengespräch mit Gorbačev charakterisierte Kohl dieses Dokument als einen Schlusstrich, der unter die Vergangenheit gezogen worden sei und als eine Lichtquelle, die Wege in die Zukunft beleuchte. Analog war die Bewertung Gorbačevs, der das gemeinsame Dokument ein Zeugnis für den Durchbruch in den Beziehungen nannte.

Wenn man heute im Rückblick die Ergebnisse dieses Besuchs und die Bedeutung der damals unterzeichneten Dokumente betrachtet, kann man mit voller Berechtigung die Schlussfolgerung ziehen: Damals wurde faktisch der Anfang für den Prozess der Vereinigung Deutschlands gemacht.

Die Bündnispartner der BRD in der NATO erfassten sofort den untergründigen Sinn dessen, was sich in diesen Sommertagen in Westdeutschland ereignet hatte – sowohl die Amerikaner, als auch die Franzosen, die Engländer und alle übrigen. Dies war unter anderem an der Haltung der Presse klar erkennbar. Auch in der DDR begriff man die Bedeutung des empfangenen Signals, sowohl „oben“ als auch „unten“. Aber während die Mehrheit der Bevölkerung der DDR, die auf die Vereinigung eingestellt war, zur Kenntnis nahm, dass die UdSSR nicht beabsichtigte, die Willensäußerung des deutschen Volkes zu behindern und dass sich nichts mit den Vorgängen von 1968 in der Tschechoslowakei Vergleichbares ereignen würde, offenbarten die Führung der SED und die obersten Machthaber im Staate ihre Unfähigkeit, eine adäquate Schlussfolgerung aus den Ereignissen zu ziehen.

Unterdessen existierte die objektive Möglichkeit, die deutsche Einheit ruhig und etappenweise zu erlangen. Bei einer schrittweisen Vereinigung hätte man einige negative Folgen und soziale Kosten, die später auftraten, vermeiden oder zumindest verringern können.

Im Herbst 1989 wurde die Lage in Ostdeutschland ohne Übertreibung explosiv. Der Fall der „Berliner Mauer“ rief im deutschen Volk einen gewaltigen emotionalen Aufbruch hervor. Die Ereignisse konnten in der Tat jederzeit außer Kontrolle geraten und Anzeichen einer solchen Entwicklung gab es bereits.

Dabei musste man ständig bedenken, dass auf dem Territorium der DDR sehr starke Verbände der sowjetischen Streitkräfte stationiert waren. Eine jegliche, selbst geringfügige Provokation gegenüber den sowjetischen Soldaten konnte Blutvergießen zur Folge haben. Man musste auch in Betracht ziehen, dass in der UdSSR wie auch in der DDR einflussreiche Kräfte existierten, die immer lauter den Einsatz der Streitkräfte „zur Herstellung der Ordnung“ forderten.

Unter diesen Bedingungen sah Gorbachev seine wichtigste Aufgabe darin, den unausweichlichen Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands in geordnete Bahnen zu lenken, die Gewaltvariante auszuschließen und dabei die staatlichen Interessen der Sowjetunion, insbesondere die der Armee, maximal zu berücksichtigen. Unter den veränderten Bedingungen konnte sie in nicht in unveränderter Eigenschaft in Deutschland bleiben – und zwar nicht nur aus politischen (den internationalen Aspekt eingeschlossen), sondern auch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus: Für den (an sich sinnlosen) Unterhalt unserer Streitkräfte in einem vereinigten Deutschland hätten ausländische Devisen bezahlt werden müssen.

Zwischen Gorbachev und den Führern der westlichen Länder wurde ein intensiver Dialog geführt. Nach dem Rücktritt Honeckers hatte Gorbachev am 1. November 1989 in Moskau ein langes Gespräch mit dessen Nachfolger Egon Krenz. Bei dieser Unterredung ging er noch von der Annahme aus, dass die Führung der SED in ihrer neuen Zusammensetzung imstande sein werde, die Situation unter Kontrolle zu halten und schließlich eine Umgestaltung vorzunehmen, die eine stufenweise Annäherung und schließlich auch eine Fusion der DDR mit der BRD ermöglichen würde. Bei seinen Kontakten mit Genscher und Kohl versuchte er beharrlich, sie zu überzeugen, den Elementarkräften nicht nachzugeben und Zurückhaltung zu zeigen.

Die verschärfte politische Lage sowohl in der DDR als auch in der BRD veranlasste sie jedoch, den Prozess zu forcieren. Noch am 11. November 1989 erklärte Kohl im Gespräch mit Gorbachev, als er über die Haltung der BRD in Bezug auf die Ereignisse in der DDR sprach: Den Deutschen ist bewusst, was Augenmaß bedeutet. Es bedeutet sowohl ein Gefühl für das rechte Maß als auch die Fähigkeit, bei der Planung von Handlungen ihre möglichen Folgen in Betracht zu ziehen, sowie das Gefühl der persönlichen Verantwortung. Jedoch bereits am 28. November, als die staatlichen Strukturen der DDR zu zerfallen begannen, verkündete der Kanzler im Bundestag ein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“.

Die Reaktion der sowjetischen Führung auf das Programm Kohls war äußerst scharf. Ungeachtet dessen erwies sich die Verstimmung über Kohl wegen der

„Zehn Punkte“ als vorübergehend. Und außerdem gingen die Ereignisse bald über den Rahmen dieses Programms hinaus.

Ende Januar 1990 fand im Arbeitszimmer Gorbačevs eine Beratung im engsten Kreis über die deutsche Frage statt. Als Ergebnis der Diskussion wurde eine Position festgelegt, die Gorbačev wie folgt formulierte:

- Einbringung einer Initiative zur Bildung einer „Sechsergruppe“ (die vier Siegermächte UdSSR, USA, England, Frankreich – und die beiden Deutschland BRD und DDR) zur Beratung über alle äußeren Probleme der deutschen Frage;
- in der Politik gegenüber der BRD Orientierung auf Kohl, wobei die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht ignoriert werden sollte;
- Einladung des neuen Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, und des neuen Vorsitzenden der SED, Gysi, zu Gesprächen nach Moskau;
- Aufrechterhaltung regelmäßiger Kontakte bezüglich des deutschen Problems mit London und Paris;
- Vorbereitung des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte aus der DDR durch Marschall Achromeev.

Vieles musste sich in der Welt, in Europa und vor allem in der UdSSR in den Beziehungen zwischen Russen und Deutschen ereignen, damit eine derartige Lösung der deutschen Frage möglich wurde.

Im Februar wurde auf der Konferenz von Ottawa eine Vereinbarung bezüglich der Gespräche über eine „abschließende Regelung“ im Rahmen der „Sechsergruppe“ erzielt. Danach fanden in Bonn, Berlin und Moskau drei Gesprächsrunden statt, die als „Zwei-plus-Vier“-Gespräche in die Geschichte der Wiedervereinigung Deutschlands eingingen.

In der Folge wurde künstlich diplomatischer Nebel um diese Bezeichnung erzeugt. Die Gegner der Politik Gorbačevs behaupteten in Verfolgung politischer und bei einigen auch rein persönlicher Ziele, dass die Konzeption der Gespräche im Rahmen der „Sechs“ anfangs auf der Formel „4+2“ beruht habe, die eine Vorherrschaft der Siegermächte über beide deutsche Staaten vorausgesetzt habe. Dementsprechend wurde die dokumentarische und publizistische Umbenennung der Formel „4+2“ in „2+4“ als ein ungerechtfertigt großes Zugeständnis, wenn nicht gar als Kapitulation, ausgelegt.

In der Wirklichkeit verlor eine solche bürokratisch-diplomatische Scholastik angesichts der sich abspielenden epochalen Veränderungen jegliche Bedeutung. Zumindest für die Sowjetunion und die anderen Siegermächte. Verständlich war das Interesse an der „Umkehrung der Ziffern“ auf deutscher Seite, die vom amerikanischen Außenminister Baker unterstützt wurde. Die Deutschen wollten einmal mehr demonstrieren, dass die Zeiten der Vergangenheit angehörten, als Deutschland als zweitrangiger Verhandlungspartner betrachtet worden war. Die Formel „2+4“ klang wie die Anerkennung dessen, dass die Deutschen selbst ihre deutschen Angelegenheiten entscheiden und sich die ehemaligen Sieger mit den internationalen Aspekten der Wiedervereinigung beschäftigen würden. Mit anderen Worten, die Ziffernfolge in dieser Formel wurde als Frage des nationalen Prestiges aufgefasst.

Das Festhalten an einer Ziffernfolge, wenn es sich um das Schicksal Europas und der Welt handelte, entsprach nicht den Prinzipien Gorbačevs. Er dachte auch

an die Perspektiven der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und einem künftigen vereinigten Deutschland. Er brauchte kein Feilschen um Kleinigkeiten. Für ihn war offenkundig, dass die Deutschen nicht nur das Recht hatten, ihre Angelegenheiten selbst zu entscheiden, sondern dies auch unweigerlich tun würden. Am 10. Februar 1990 erklärte Gorbačev bei einem Treffen mit Kohl, der ein weiteres Mal nach Moskau gekommen war, klar und unzweideutig: „Die Deutschen müssen selbst ihre Wahl treffen.“ Und als Kohl nachfragte: „Sie wollen sagen, dass in der Frage der Einheit die Deutschen selbst die Wahl haben?“ erhielt er die klare Bekräftigung: „Ja ... im Kontext der Realitäten.“

Anfang 1990 ging der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands, dessen entscheidende treibende Kraft – vor allem in der DDR – eine mächtige Volksbewegung geworden war, endgültig und auch formal in die Hände der Deutschen über. Das grundlegende Problem, das die Siegermächte zu lösen hatten, war die Gewährleistung der europäischen Sicherheit unter sich prinzipiell verändernden Bedingungen. In den Vordergrund trat die Frage der künftigen Beziehungen eines vereinigten Deutschland zur NATO. Die Haltung der USA und der BRD in dieser Frage war eindeutig: Das vereinigte Deutschland muss vollberechtigtes Mitglied der NATO sein.

Im Grunde genommen hatte der Beitritt des künftigen Deutschland zur NATO und infolgedessen die Verschiebung ihrer Kompetenzsphären um einige hundert Kilometer nach Osten für die UdSSR nicht so sehr geopolitische als vielmehr psychologische Bedeutung. Im Nuklearzeitalter generell und insbesondere unter den Bedingungen einer beginnenden Abrüstung (noch dazu, wo die Länder Osteuropas, die dem Warschauer Pakt angehörten, faktische Wahlfreiheit erhielten) veränderte der Eintritt des vereinigten Deutschland in die NATO im Wesentlichen nichts am Sicherheitsproblem der UdSSR. Ungeachtet dessen musste Gorbačev die Ansichten in der Gesellschaft, in der politischen Führung und speziell innerhalb des Militärs berücksichtigen. Deshalb suchte er nach Varianten, die einen direkten Beitritt des vereinigten Deutschland zur NATO ausschließen würden. Derartige Varianten wurden sowohl im engsten Kreis der Mitarbeiter Gorbačevs als auch im Politbüro des ZK der KPdSU während des gesamten Frühjahrs 1990 erörtert. So fand am Vorabend der Reise Édouard Ševardnadzes Anfang Mai nach Bonn zur ersten Runde der „Zwei-plus-Vier“-Gespräche ein äußerst hartes Gespräch zu diesem Thema statt: Wir lassen Deutschland nicht in die NATO!

Aber die weiteren Überlegungen führten zu der Erkenntnis, dass die alternativen Ideen einer Neutralisierung des vereinigten Deutschland oder sein gleichzeitiger Beitritt zu NATO und Warschauer Pakt nicht aufrecht zu erhalten waren. Wenn nämlich Einvernehmen in Bezug auf die Vereinigung bestand – also hinsichtlich der Aufhebung aller mit den Kriegsfolgen verbundenen Beschränkungen – dann erhielt Deutschland damit das souveräne Recht zu wählen, in welchem Block es sein oder ob es generell außerhalb eines Blockes bleiben wollte. Die in einer Direktive festgehaltene Position, mit der Ševardnadze zu den „Zwei-plus-Vier“-Gesprächen gereist war, „kam nicht durch“, was vorherzusehen war.

Ende Mai 1990 reiste Gorbačev mit eben dieser Position nach Washington. In Bezug auf sein Verhalten bei den Gesprächen mit George Bush kamen nicht wenige Spekulationen auf, die die wirklichen Motive Gorbačevs entstellten. Der

Kern der Sache bestand darin, dass es – wenn man sich auf den Boden der Tatsachen und der elementaren Logik stellte – unmöglich war, die frühere sowjetische Position zu behaupten. Gorbachev stand vor der Wahl: Entweder sich zu „widersetzen“, dann würde der Prozess der Vereinigung Deutschlands so oder so erfolgen, jedoch unter Umgehung der UdSSR und sogar gegen ihre Lebensinteressen, oder, geleitet von gesundem Menschenverstand, in der gesamten Angelegenheit seine Rolle zu erhalten und im Ergebnis ein freundschaftliches und dankbares Deutschland als Partner zu gewinnen – eine bedeutende Größe in der Weltwirtschaft und jetzt auch in der Politik. Am 31. Mai wurde eine Kompromissformel gefunden.

Nun zu den letzten Akkorden des „Marsches“ in die Wiedervereinigung. Im Juli 1990 kam Kohl nach Moskau, um endgültige Klarheit über den Ablauf der Vereinigung Deutschlands zu schaffen. Er traf mit Gorbachev in der Villa des Außenministeriums in der Spiridonovka-Straße zusammen. Kohl war präzise und energisch. Er spielte ein ehrliches, aber hartes Spiel. Er machte große Zugeständnisse, aber er erhielt die Hauptsache – ein vereinigtes Deutschland in der NATO.

Einen Monat danach charakterisierte Gorbachev seine Haltung in der deutschen Frage in Helsinki in einem vertraulichen Gespräch mit Bush in folgender Weise: „Sie werden mir wahrscheinlich zustimmen, dass die Ereignisse in Osteuropa und die deutschen Angelegenheiten für uns schwieriger waren als für die USA. Ich sage Ihnen offen, dass es kolossaler Anstrengungen, einer gewaltigen Anspannung und großen politischen Willens bedurfte, um sich buchstäblich selbst zu überwinden, die alten Vorgehensweisen, die unerschütterlich schienen, abzulegen und so zu handeln, wie es die veränderten Realitäten erforderten. Ich muss bis heute bei uns im Lande diese Haltung erläutern, die Notwendigkeit des neuen Denkens und des neuen Herangehens an das, was in der Welt geschieht, beweisen und von der Richtigkeit dieser Schritte überzeugen. Dies ist nicht immer einfach, umso mehr, als es im Westen Leute gibt, die eine Analyse unterstellen, die auf der alten Denkweise beruht, und dies erschwert meine Lage.“

In der Spiridonovka übergab Kohl Gorbachev den Entwurf eines „Großen Vertrags“ (der sich im Großen und Ganzen als akzeptabel erweisen sollte), und der nach seinen Worten das Vergangene abschließen und eine prinzipiell neue Etappe in den Beziehungen zwischen den beiden großen Nationen einleiten sollte – mit der Perspektive auf eine gegenseitige gedeihliche Zusammenarbeit und sogar auf eine Freundschaft.

Zur Fixierung des Erreichten nahm Gorbachev Kohl mit zu sich in seine Heimat in Stavropol'. Die abschließenden Gespräche fanden in Archyz, einem kleinen malerischen nordkaukasischen Kurort, statt. Dort übernachteten sie, oder genauer gesagt, verbrachten sie fast die ganze Nacht am Verhandlungstisch. Man ging in allen Details den Inhalt der Dokumente durch – den künftigen Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, den Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, den Vertrag über den befristeten Aufenthalt sowjetischer Streitkräfte, das Abkommen über überleitende Maßnahmen und anderes.

In der Folge hat Kohl ehrlich und loyal mit der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Deutschen all das erfüllt, was er mit seinem Wort und seiner

Unterschrift besiegelt hatte. Er hat sein Vorgehen gegenüber der UdSSR auf Russland übertragen, wobei er übrigens seine Fairness gegenüber Gorbačev beibehielt und sich nicht durch einen diplomatischen „Gedächtnisverlust“ erniedrigte, dem einige frühere Partner Gorbačevs später unterlagen.

Die Geschichte schritt voran. Am [31].¹ August 1990 wurde in Berlin der Vertrag über die Vereinigung der BRD und der DDR unterzeichnet, am 12. September in Moskau der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland.

Am 9./10. November 1990 besuchte Gorbačev das bereits vereinigte Deutschland. Es fanden Feierlichkeiten und die Unterzeichnung von Dokumenten statt, die die völkerrechtlichen und moralisch-politischen Grundlagen für normale, wirklich freundschaftliche Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der UdSSR legten.

Wenn man heute auf die Ereignisse jener Zeit zurückschaut, hat man allen Grund festzustellen: Im Zuge einer staatlichen Logik, die die Beseitigung der Gefahr eines Atomkriegs und eine grundlegende Änderung der Weltpolitik sowie die Befreiung von der unheilvollen und bereits nicht mehr erträglichen Überrüstung zum Ziel hatte und auf der herausragenden Bedeutung dauerhafter, gutnachbarlicher Beziehungen mit Deutschland beruhte, war es Gorbačev, der recht behielt. Er hat unter diesen Bedingungen das äußerst Mögliche getan, um sein Ziel zu erreichen.

* * *

Die Edition enthält vier Gruppen von Materialien. Erstens: Aufzeichnungen von Gesprächen Michail Gorbačevs mit ausländischen politischen Akteuren. Ein Teil dieser Aufzeichnungen ist vollständig wiedergegeben, ein Teil in Auszügen. Im letzteren Fall haben die ausgeklammerten Themenbereiche entweder keinen direkten Bezug zum deutschen Problem oder sind Wiederholungen von bereits in früheren Gesprächen Dargelegtem. Zweitens: Transkription von Notizen über den Verlauf von Sitzungen oder Begegnungen, die der deutschen Frage gewidmet waren und an denen Gorbačev teilgenommen hat. Sie stammen von Anatolij Černjaev, dem Berater Gorbačevs. Die Notizblöcke selbst mit den entsprechenden stenografischen Aufzeichnungen befinden sich im Archiv der „Gorbačev-Stiftung“. Drittens: dienstliche Aufzeichnungen und andere Materialien zur deutschen Frage, die von den engsten Mitarbeitern Gorbačevs angefertigt wurden, als die wesentlichen Entscheidungen hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands getroffen wurden. Viertens: einzelne, für das Verständnis der Ereignisse wichtige Presse-Veröffentlichungen.

2. März 2006

A. A. Galkin, Doktor der Geschichtswissenschaft,
Professor

A. S. Černjaev, ehemaliger Berater des Präsidenten
der UdSSR für internationale Angelegenheiten

¹ In der Vorlage irrtümlich auf den 30. 8. datiert.